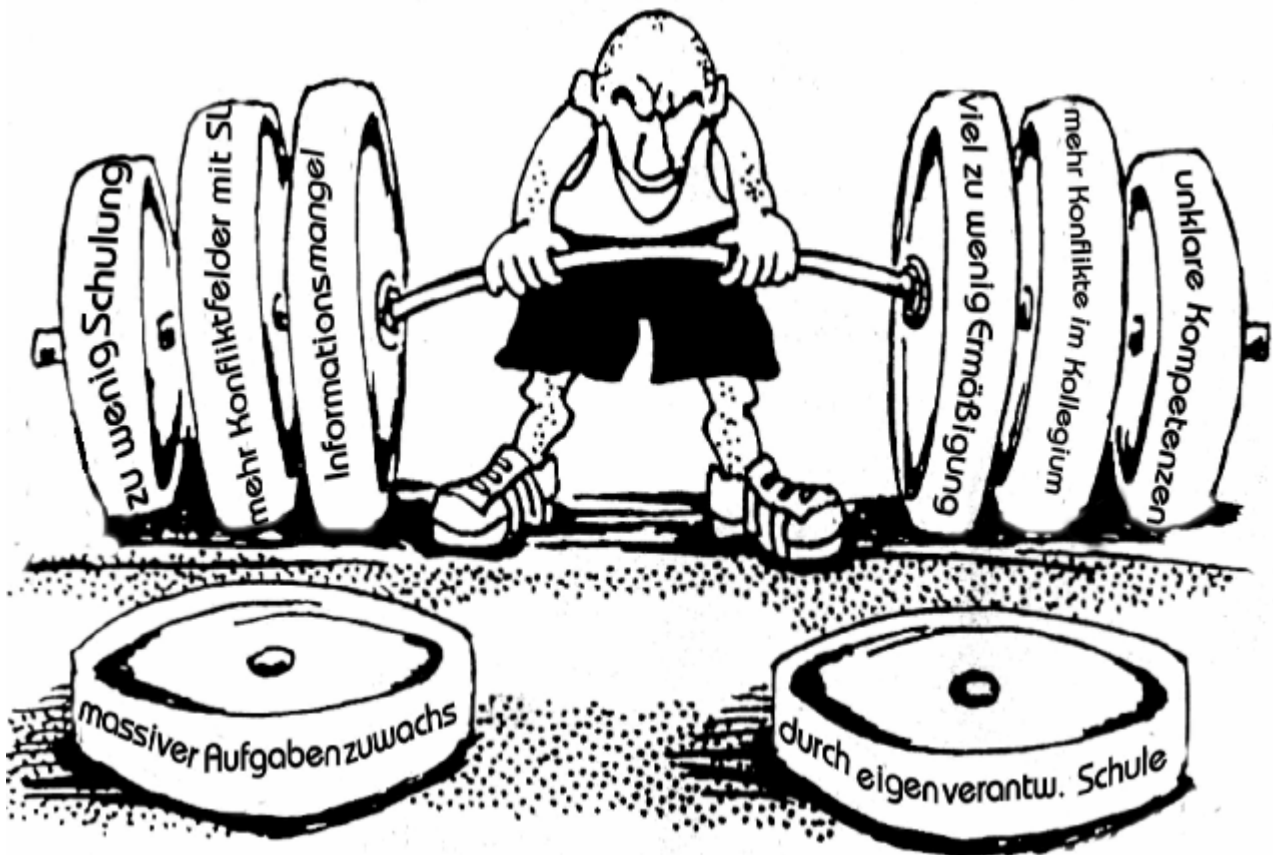


## Personalräte 2008 ...



Personalräte brauchen mehr Unterstützung.

Personalräte brauchen mehr Informationen.

Personalräte brauchen mehr Entlastung.

**Die GEW lässt die Personalräte nicht allein!**

**GEW/ Gelernt ist gelernt.**

**MIT DER GEWERKSCHAFT GEWINNEN!!!**

## Aus der Arbeit eines Personalrates!

Die Änderung des § 34 NSchG hat erhebliche Mehrarbeit für die Schulpersonalräte an selbständigen Schulen erbracht. Durch den Wegfall der allgemeinen Zuständigkeit der Gesamtkonferenz wurden viele Kompetenzen auf die Schulleitung und somit auch auf die Schulpersonalräte verlagert.

Folgende Punkte unterliegen jetzt der Mitbestimmung:

- } Einstellung von Lehrkräften und Verwaltungsfachkräften
- } Arbeitszeitregelungen / Mehrarbeit
- } Unterrichtsbesuche
- } Organisation von Vertretungsunterricht
- } Mitarbeitergespräche
- } Beurteilungsgrundsätze
- } Vergabe von Funktionsstellen / Beförderungsmöglichkeiten
- } Anordnungen der Schulleitung zum Dienstbetrieb (z.B. Projektwochen, Praktika, Ansetzung von Dienstbesprechungen)

- } Schulinterne Lehrerfortbildung (Grundsätze und zeitliche Abfolge)
- } Anwendung technischer Einrichtungen (z.B. Fotokopiergeräte)
- } Abordnungen/Versetzungen

Insbesondere die großen Schulen in Niedersachsen, die über mehr als 100 Lehrkräfte verfügen, haben einen erheblichen Verwaltungsmehraufwand.

Ein/e Personalratsvorsitzender/de kann kaum den Anforderungen gerecht werden, denn die wenigen Anrechnungstunden gleichen diese Mehrarbeit überhaupt nicht aus.

Im Gegenteil - nur wer sich fast jeden Tag seinen Personalratsangelegenheiten widmet, kann erfolgreich für das Kollegium arbeiten.

Deshalb gilt trotz aller Anstrengung: Wir brauchen gute und kompetente Personalräte - **GEW-Personalräte!**

Die GEW stellt durch ständige Schulungen sicher, dass Personalräte verantwortungsvoll und kompetent handeln!

Hermann Abels

## Neues Personalvertretungsgesetz ab 2012

Das Kultusministerium und der DGB haben noch vor der Landtagswahl verabredet, nach den Personalratswahlen im April 2008 gemeinsam Konzepte für die künftige Personalratsarbeit an den Schulen zu entwickeln, die ab 2012 gelten sollen.

Hintergrund ist die schrittweise Übertragung dienstrechtlicher Befugnisse an die jetzt Eigenverantwortlichen Schulen und die damit verbundenen Veränderungen bei den Aufgaben in der Landesschulbehörde. Das MK hat zugesichert, für die Arbeit in den Personalvertretungen auch weiter Ressourcen im bisherigen Umfang bereitzustellen.

Weiter wurden einige Eckpunkte des zukünftigen Personalvertretungsgesetzes (PVG) abgesprochen. Unter anderem soll geprüft werden, wie weit die derzeitigen Schulbezirkspersonalräte weiter Beratungsaufgaben für die Schulpersonalräte wahrnehmen können.

Entsprechende Aufgaben und Rahmenbedingungen sollen in einer Vereinbarung festgelegt werden.

Weiter ist geplant, Struktur und Aufgaben der heutigen Schulbezirkspersonalräte an die der Landesschulbehörde anzupassen, so dass es künftig statt bisher vier Schulbezirkspersonalräten nur noch einen einheitlichen Personalrat geben könnte, der in den zentralen Außenstellen personell vertreten wäre.

Für eine Übergangszeit gelten die Freistellungsregelungen des derzeitigen PVG auch für die Mitglieder der Schulpersonalräte. Für Einzelfälle, in denen das nicht ausreicht, hat das MK „flexible Lösungen“ in Aussicht gestellt.

**Die GEW wird darauf achten, dass alle Regelungen das Wohl der Schulen und in den Schulen nicht außer acht lassen.**

**DIE GEWERKSCHAFT MUSS GEWINNEN!!!**

## Einstellungen nach TV-L

### Diese Geschichte ist wahr.

Für eine Schule im schönen Niedersachsen wurde eine Stelle ausgeschrieben. Viele Bewerbungen gingen ein. Und so arbeiteten die Kolleginnen und Kollegen fleißig daran, einen guten Auswahlvorschlag zu finden. Viele Stunden wurden für die zahlreichen Einstellungsgespräche, die Aufzeichnung der Protokolle und die Absprachen verwendet. Aber es hatte sich gelohnt: eine nette Kollegin sollte im nächsten Schuljahr das Kollegium verstärken.

Die Kollegin sagte zu, konnte sich gut vorstellen, gerade in dieser Schule zu arbeiten, die Landesschulbehörde konnte die Auswahl nachvollziehen, schickte einen Arbeitsvertrag.

Das Schuljahr war jetzt fast zu Ende, das nächste wurde geplant: Klassenleitungen festgelegt, Fächereinsatz vorbereitet, die Grundlagen für den neuen Stundenplan geschaffen. Man konnte zufrieden in den Urlaub fahren.

Nur Ende August, da wurde es schwierig. Die neue Kollegin würde nicht kommen. Sie hat die Stelle abgesagt! Als Ersatz steht niemand mit derselben Fächerkombination zur Verfügung. Die Planung beginnt von vorn.

Warum kommt die ausgewählte Kollegin nicht? Ihr hatte die Schule doch gefallen!

Sie selbst würde das auch bestätigen. An der Schule lag es nicht.

Es lag einzig und allein an den Bedingungen der Einstellung:

Man hatte ihr einen sog. „Arbeitsplatz“ angeboten; d.h. für drei Jahre eine Stelle mit Zwangsteilzeit – etwa 90 % einer vollen Stelle - im **Angestelltenverhältnis**. Allerdings mit der Aussicht, danach in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden.

In Zahlen ausgedrückt heißt das:

Bruttoverdienst: **2.105,36 €**

verbleiben Netto: **1.303,92 €**

**Das hatte sie so nicht erwartet.**

Und so kam der jungen Kollegin – 27 Jahre alt und ledig - das Angebot für eine volle Beamtenstelle aus einem anderen Bundesland sehr gelegen.

Sie rechnete:

Bruttoverdienst: **2.690,81 €**

verbleiben Netto: **2.184,94 €** (abzgl. des Beitrages zur Krankenversicherung)

Der Kollegin war es zwar wegen der Absage unangenehm, aber die Entscheidung war dann doch klar, die Stelle im anderen Bundesland anzunehmen. Wer würde nicht so handeln?

**Diese Geschichte ist kein Einzelfall. Sie wiederholt sich ständig. In Niedersachsen werden nämlich etwa 50 % Stellen als „Arbeitsplätze“ im Teilzeitangestelltenverhältnis ausgeschrieben.**

**Etwa die Hälfte der Neueingestellten muss sich also mit dieser miserablen Vergütung bescheiden.**

**Ob das dem drohenden Lehrkräftemangel abhilft?**

(aus: SBPR – Info  
DER GEW-FRAKTION IM SBPR LÜNEBURG)

Ich hätte da einen Job für Sie.  
Wahrscheinlich keine ganz leichte Aufgabe ...  
Finden Sie einen echten Fan  
der Kultusbürokratie!



**EIGENSTÄNDIGE SCHULEN BRAUCHEN GUTE PERSONALRÄTE,**

**GEW-PERSONALRÄTE!**

## Mitgliederversammlung am 06. Februar 2008

### Jahresbericht des Kreisvorsitzenden

Das Jahr 2007 war für die GEW im Ammerland ein recht erfolgreiches Jahr, obwohl es zunehmend problematischer wird, die Aufgaben im Kreisvorstand noch zu bewältigen!

Der Kreisvorstand der GEW-Ammerland traf, sich regelmäßig einmal im Monat in Helle, um die notwendige Arbeit zu koordinieren. Zusätzlich fand im April 2007 eine Klausurtagung in Jever statt, um die Aufgabenstellung für die nächsten beiden Jahre zu planen. Eine Mitgliederbefragung im Sommer 2007 hat uns nur teilweise zufrieden gestellt, denn wir brauchen gesicherte Daten - insbesondere neue Mailadressen - um in Zukunft direkt bestimmte Mitglieder bzw. Obleute schnell zu erreichen!

Wichtige Themen/Veränderungen waren im abgelaufenen Jahr:

- „ Personalräteschulungen (im März und im Oktober)
- „ Veränderungen in der Schullandschaft (mehr Rechte für Schulleiter/innen)
- „ Schulentwicklungsplanung im Ammerland
- „ Das neue Tarifrecht im öffentlichen Dienst
- „ Wechsel in der BV-Geschäftsstelle (Ramona Kühlke für Gesine Röver)
- „ Unterstützung für die Demo in Hannover im Mai („Recht auf Ausbildung“)
- „ Neuordnung der Binnenfinanzierung der GEW/Mitgliederwerbung
- „ Vorbereitung der Personalratswahlen im April 2008
- „ GEW-Weser-Ems-Demo in OL am 17.11.2007 für mehr Bildungsgerechtigkeit
- „ Landesdelegiertenkonferenz vom 8.-10.10.2007 in Bad Zwischenahn (Der Konferenzort wurde vom Geschäftsführer der GEW Niedersachsen, Andreas Klepp, sehr gelobt!)

Die jeweiligen regionalen und überregionalen Sitzungen (Bezirks-, Referats-, DGB- und auf Landesebene) wurden von den Vorstandsmitgliedern regelmäßig wahrgenommen, um dabei unsere Interessen erfolgreich zu vertreten.

Der persönliche Kontakt zu den Mitgliedern im Kreisgebiet wurde vor allem durch die Kohlfahrt, das Sommerfest und zunehmend auch durch unser Weihnachtsessen sehr verbessert. Erwin Meyer hat, wie bereits seit vielen Jahren, bei uns im Vorstand nicht nur als Vertreter der Senioren fungiert, sondern auch sehr aktiv an der Vorstandsarbeit mitgewirkt. Zudem sind seine Unternehmungen mit den Senioren lobend zu erwähnen.

Mein Dank gilt allen Vorstandsmitgliedern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir sind ein gut eingearbeitetes Team, allerdings bereitet uns die Altersstruktur doch etwas Sorge, denn spätestens in ein paar Jahren muss fast der gesamte Vorstand ersetzt werden!

Dazu sind alle Mitglieder gefordert!

HERMANN ABELS

#### Ehrung langjähriger Mitglieder

<b>60 Jahre GEW</b>	<i>Hans Dirks</i>
<b>50 Jahre GEW</b>	<i>Heino Hase</i>
<b>40 Jahre GEW</b>	<i>Gisela Milanese Dieter Thierfeld</i>
<b>25 Jahre GEW</b>	<i>Günter Drieling Sonja Eitel-Harms Kristin Fräderich Bernhard Ibbeken Petra Janssen Elisabeth Lücken Carola von Schwerdner Jörg Steitz-Kallenbach Susanne Windels</i>

Die Jubilare erhielten wertvolle Buch-Gutscheine.

## Mitgliederversammlung am 06. Februar 2008

Ein besonderer Schwerpunkt der Mitgliederversammlung war das Referat von **Gero Lüers**, stellv. **Regionalleiter der IG Bau Weser-Ems** zum Thema

### „Prekäre Beschäftigungen im Ammerland“



G. Lüers definierte zunächst den Begriff der „prekären Beschäftigung“ so, dass davon ein Lebensunterhalt nicht mehr bestritten werden kann. Dazu entwickle sich zunehmend eine „Entrechtung“ auch bei „normalen Arbeitsverhältnissen“.

Als besondere Brennpunkte nannte er:

- § die Vielzahl der Formen von Leiharbeit
- § geringfügige Beschäftigung
- § Lohndumping (unter Umgehung der tariflichen Bezahlung)
- § Scheinselbständigkeit, bei der auch oft das Verbot der Sonntagsarbeit umgangen wird
- § fehlende bzw. nicht gesicherte Altersvorsorge
- § drastisch abgesunkene Vollbeschäftigung (auf 58%)
- § Anstieg der geringfügig Beschäftigten von 17% auf 29%
- § Beschäftigung vieler ausländischer Arbeitnehmer unter „erbärmlichen Bedingungen“ („Wohnen“ in Containern zum Preis von z.B. 4 €, Forderung von 1,5 € für Fahrtkosten zur Arbeitsstelle)

G. Lüers wies auf eine positive Mitgliederentwicklung bei den Gewerkschaften mit Auswirkungen auf den Mindestlohn hin, obwohl es

immer noch „jede Menge“ Umgehungsstrategien gäbe:

- § Die Beschäftigten bekommen Arbeitsverträge über zwei Stunden.
  - § Überstunden werden nicht vergütet, wenn sie nicht angeordnet wurden.
  - § Die Beschäftigten leisten aber trotzdem Überstunden, um überhaupt gute Arbeit abliefern zu können.
  - § Auf einer bekannten Großbaustelle im Ammerland wurden polnische Arbeitnehmer für Vollzeitarbeit mit 1.100 € bis 1.300 € abgefunden, hätten aber täglich bis zu 10 Stunden gearbeitet, wodurch sich ein Stundenlohn von 4,30 € bzw. 3,40 € ergab.
- Strategie der Gewerkschaften müsse es sein, die Beschäftigten Objekt für Objekt für Abwehrkämpfe zu gewinnen und besonders über Betriebsgruppen Druck zu entwickeln.

Dazu nannte G. Lüers einige Beispiele:

- Es gibt z.B. einen europäischen Verband der Wanderarbeiter (vorwiegend Fleischarbeiter), der von **ver.di** unterstützt wird.
- Der DGB beschäftigt eine große Anzahl von Dolmetschern (meist Studenten), um Kontakte zu ausländischen Arbeitnehmern aufzubauen.
- Mit Erfolg wurden auch schon Kontaktpersonen eingeschleust, um bei den Arbeitnehmern für Aufklärung zu sorgen.

Abschließend bewertete G. Lüers seine Tätigkeit als spannend, aber auch frustrierend.

In der **Diskussion** wurden u.a. folgende Bereiche angesprochen und von G. Lüers erläutert:

- Unternehmungen werden i.a. kaum durch Mindestlöhne geschwächt.
- Es gibt zu viel Sonntagsarbeit und damit zu wenig Arbeitsschutz.
- Die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern ist oft bemerkenswert gering.

## Eigenverantwortliche Schule und „Feuerwehr“

Bisher galt: Wenn eine Lehrkraft langfristig ausfiel, beantragte die zuständige Schulleitung bei der Landesschulbehörde eine Vertretungslehrkraft, sprich Feuerwehrstelle.

Zu Beginn eines Kalenderjahres waren die Chancen noch relativ groß, eine Feuerwehrstelle zu bekommen. Ab Sommer wurde es schwieriger, weil die Mittel meist schon ausgeschöpft waren. Falls die Stelle genehmigt wurde, wies die Landesschulbehörde eine Lehrkraft zu bzw. fragte, ob diese wohl passen könnte.

Mittlerweile ist ja alles anders und „besser“. Wenn jetzt jemand langfristig ausfällt, läßt die Schulleitung zuerst einmal die ca. 60 Seiten – gefühlt mindestens doppelt so viel – aus dem Internet, die die Einstellung von Vertretungslehrkräften regeln. Zum Schluss ist der Antrag zur Beantragung einer Feuerwehrstelle dabei, der ausgefüllt und bearbeitet an die Landesschulbehörde geschickt werden muss.

Bei Genehmigung erhält die Schule per Internet eine sogenannte EIS-Liste – vermutlich „Einstellung In Schuldienst“. Auf dieser Liste sind alle Lehrkräfte nach einem Punktesystem aus Zensuren, Wartezeit und ?? verzeichnet, die für die in Frage kommende Stelle die gewünschte Fächerkombination und

angeblich zurzeit keine Stelle haben. Jetzt heißt es, von oben nach unten diese Lehrkräfte anzutelefonieren oder anzuschreiben, denn in Niedersachsen gilt die Bestenauslese, und die Besten stehen oben.

Das passiert gleichzeitig von zig Schulen aus. Für die oben auf der Liste wird das zum Telefonterror, weil 30 oder 40 Schulen anrufen oder schreiben.

Für die Schulen wird es zu einem frustrierenden Geschäft. Häufig haben die Kandidaten gerade einen neuen Arbeitsvertrag unterschrieben oder die Bedingungen stimmen nicht. 40, 50 und mehr Anrufe scheinen nach meiner Kenntnis der Normalfall zu sein. Trotz dieses Aufwandes konnten zum 1. Februar nicht alle Stellen im Ammerland besetzt werden.

Bei dem Verfahren hat niemand einen genauen Überblick. Die Vertretungslehrerinnen und –lehrer müssen möglichst frühzeitig zusagen, weil sie nicht wissen, ob noch weitere Angebote kommen.

Wegen der vielen Anfragen für die Lehrkräfte auf den ersten Plätzen ergibt sich auch ein falsches Bild. Es gibt nicht unbedingt mehr Stellen als Lehrer. Bestimmte Fächerkombinationen sind nur besonders rar. Als Feuerwehrkraft weiß ich nie, wie viele Angebote ich erhalten werde. Lehne ich ab, kann es meine Chance gewesen sein. Nehme ich an, kommt vielleicht ein tolles Angebot hinterher. Noch ist Abwerben zwischen den Schulen verpönt.

Für die Schulen ergibt sich ein ungeheurer Arbeitsaufwand für eine Scheinauswahl. Auch die Schulen müssen den nehmen, der zuerst zusagt. Sie wissen nicht, ob sie noch eine weitere Chance erhalten.

Die passgerechte Stellenbesetzung, wie es das Ministerium geplant hatte, ist es auf jeden Fall nicht. Da war die alte Zuordnung durch die Dezernenten genauer, weil die wussten, wie viele und welche Kräfte auf wie viele Stellen sie verteilen konnten.

A. BESSEN



**GEW-PERSONALRÄTE ARBEITEN GEWISSENHAFT!**

## GEW fordert Ende des Personalabbaus und 2000 zusätzliche Stellen

Ministerpräsident Wulff ging im September 2007 auf die GEW-Forderung ein und erklärte, er wolle „in den nächsten Jahren“ keine Stellen von Lehrkräften abbauen. Das ist ein Erfolg für alle, die sich in der letzten Zeit für eine bessere Personalausstattung unserer Schulen engagiert haben. Doch was ist an Wulffs Aussagen wirklich dran? Was meint er mit den „nächsten Jahren“?

Ursprünglich sah die mittelfristige Finanzplanung der CDU/FDP-Koalition vor, von 2007 an jährlich 400 Stellen von ca. 2.500 ausscheidenden Lehrkräften nicht wieder zu besetzen. Für 2007 und das Wahljahr 2008 setzte die Landesregierung diese Streichungen aus. Nach der neuen Finanzplanung sollen allerdings ab 2009 wieder 400 Stellen pro Jahr wegfallen.

Die bildungspolitischen Sprecher der CDU- und der FDP-Fraktion, Klare und Schwarz, sprachen sich bei der LDK der GEW im Oktober 2007 für den Erhalt aller LehrerInnenstellen bis 2012 aus.

Ministerpräsident Wulff aber hat es vermieden, sich festzulegen. Selbst eine schriftliche Anfrage der GEW beantwortete er nicht.

Der Rückgang der Schülerzahlen muss zur Entlastung der Beschäftigten und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen pädagogischer Arbeit genutzt werden.

Die knappen Personalressourcen und neuen

zusätzlichen Aufgaben, die der Kultusminister den Kolleginnen und Kollegen bei Einführung der so genannten „Eigenverantwortlichen Schule“ verordnet hat, sind in allen Schulformen zu spüren. Der Vertretungsunterricht hat an Umfang zugenommen. Eltern erwarten, dass kein Unterricht ausfällt, aber den Schulen fehlt die erforderliche Stundenzuweisung.

In der Grundschule verursachen die Dokumentation der individuellen Lernentwicklung, das Gutachten zur Schullaufbahnpflicht sowie der Anspruch auf individuelle Förderung ohne die z.B. in Skandinavien übliche Personalausstattung erhebliche Mehrarbeit. An Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sind Klassen und Kurse viel zu groß. Die Zunahme der Korrekturen, die Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen tragen zur Überlastung bei.

Die vom Kultusminister beharrlich ignorierte Krise der Hauptschule wirkt sich massiv auf die pädagogische Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer aus.

In den Berufsbildenden Schulen geht die Schere zwischen steigenden Schülerzahlen und der Anzahl der Lehrkräfte auseinander. Selbst die statistische Versorgung liegt bei nur knapp 90%. Dazu bewirken die Änderungen der Schulstrukturen und des Berufsbildungssystems enorme konzeptionelle Arbeit.

### Die GEW fordert 2.000 zusätzliche Stellen.

**1.000 Stellen** sollen den Schulen die Möglichkeit geben, **Klassen zu verkleinern und Luft für Vertretungsunterricht und Förderkonzepte** zu bekommen.

**600 Stellen** sollen verwendet werden, um die Kollegien bei der **Wahrnehmung außerunterrichtlicher Aufgaben** zu entlasten.

**400 Stellen** sollen den **Ganztagschulen** zu Gute kommen, damit sie - wieder oder erstmalig - pädagogisch vernünftig arbeiten können.

**Diese zusätzlichen Stellen wären ein erster Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Schulen. Nur wenn über mehrere Jahre keine Stellen abgebaut werden, kann es wirklich besser werden, können Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte deutlich entlastet werden.**

 **GELERNT IST GELERNT.**

## Das verpflichtende Lehrerarbeitszeitkonto

Zum Lehrerarbeitszeitkonto (Lazko) heißt es unter Lehrkräften häufig:

- § Alle müssen 10 Jahre am Lazko teilnehmen!
- § Alle bekommen diese Stunden erst ab dem 55. Lebensjahr zurück!

**Beide Aussagen sind jedoch grundsätzlich falsch!**

Vielleicht schlimm, aber durchaus verständlich, dass Lehrkräfte einen Paragraphen nicht in allen Einzelpassagen kennen.

**Schlimmer und gravierender ist jedoch**, dass in der Landesschulbehörde und im Kultusministerium niemand mehr alle Regelungen zum verpflichtenden Arbeitszeitkonto präsent hatte. Nachdem die Arbeitszeit durch das Lazko für die meisten Kolleginnen und Kollegen erhöht worden war, verschwanden offenbar nur wenige einen Gedanken an die spätere Ausgleichsphase.

Nun steht nach 10 Jahren Laufzeit die erste große Ausgleichsphase mit dem Beginn des Schuljahres 2008/09 vor der Tür, und die Kolleginnen und Kollegen wollen den Gegenwert der zusätzlichen Belastung einlösen: die Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung! Hektische Betriebsamkeit herrscht urplötzlich in den Behörden: Hochrechnungen werden vorgenommen, Vermutungen geäußert, und plötzlich wird von zig fehlenden Lehrerstellen durch die Ausgleichsphase zum Lazko gesprochen! Ach, du Schande, damit hatte doch keiner rechnen können!!!!

Mit den bisher geplanten Einstellungen zum Schuljahr 2008/09 können allenfalls die Pensionierungen ausgeglichen werden, nicht auch noch die Reduzierung durch die Ausgleichsphase zum Lazko!

Die Zahl der vermutlich fehlenden Lehrkräfte schießt inzwischen ins Kraut. Die z. Zt. verlässlichsten Zahlen hat die GEW anhand der Lehrerstatistiken erarbeitet. Demnach

werden mindestens mit Beginn der ersten großen Ausgleichsphase zum Beginn des Schuljahres 2008/09 landesweit ca. 354 und im Bereich Osnabrück ca. 125 Vollzeitstellen fehlen! Wahrscheinlich liegen die Zahlen aber sogar deutlich darüber.

**Natürlich war nicht zu erwarten, dass es vor den Landtagswahlen klare Stellungnahmen aus Hannover dazu geben würde. - Und danach?**

Mal abwarten, wie die weitsichtigen Strategen aus dem Kultusministerium dieses Problem unmittelbar nach den Wahlen lösen werden! Vielleicht nimmt man ja auch eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung in Kauf?

**Wir jedenfalls erwarten, dass die Vereinbarungen zum Lehrerarbeitszeitkonto eingehalten werden und alle Kolleginnen und Kollegen für die geleisteten Zusatzstunden den vereinbarten zeitlichen Ausgleich durch die in der Arbeitszeitverordnung festgelegten Ausgleichphasen erhalten!**

aus KURZGEFASST EXTRA / Dezember 2007



**GERADE EIGENVERANTWORTLICHE SCHULEN BRAUCHEN  
GEWISSENHAFTE PERSONALRÄTE, ALSO GEW-PERSONALRÄTE !!**

## Die Seite (nicht nur) für Senioren

Die diesjährige

### Informationsveranstaltung der FG Senioren für GEW-Mitglieder 55plus in Weser-Ems (Nordbereich)

ist geplant für

**Donnerstag, 29. Mai 2008 in Westerstede.**

(Ausschreibung in ERZIEHUNG & WISSENSCHAFT Niedersachsen, April 2008)

Das Thema der Informationen und Beratungen berührt uns täglich:

### Senioren im Straßenverkehr und im Alltag

Noch nie waren ältere Menschen so mobil wie heute. Etwa 15 Prozent der PKW-Halter in Deutschland sind über 65 Jahre alt.

Doch Senioren am Steuer scheinen häufig mit dem rasanten Verkehrsgeschehen überfordert. Sehkraft und Gehör lassen im Alter nach, auch das Reaktionsvermögen nimmt ab. Die Einnahme von Medikamenten kann zudem die Reaktionszeit verlängern.

Die eigenen Kräfte und das fahrerische Können realistisch einschätzen - auch das ist wichtig für eine sichere Autofahrt. Polizei-Referenten werden dazu Tipps und Ratschläge geben.

**Weitere Themen:** § Seniorenpolitische Aktivitäten in der GEW und im DGB  
§ Schwerpunkte der GEW-Arbeit

### Föderalismusreform: Wer regelt jetzt was? (Forts.)

#### † Landes- und Kommunalbeamte

Der Bund wird bei der konkurrierenden Gesetzgebung zuständig für die Regelungen der Statusrechte und -pflichten der Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie der Richter der Länder.

Eine Auswahl der Statusrechte und -pflichten:

- § Wesen, Voraussetzungen, Rechtsform der Begründung, Arten, Dauer sowie Nichtigkeits- und Rücknahmegründe des Dienstverhältnisses,
- § Abordnungen und Versetzungen der Beamten zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern,
- § Voraussetzungen und Formen der Beendigung des Dienstverhältnisses (vor allem Tod, Entlassung, Verlust der Beamten- und Richterrechte, Entfernung aus dem Dienst nach dem Disziplinarrecht),
- § wesentliche Rechte,
- § Bestimmung der Dienstherrenfähigkeit,

§ Spannungs- und Verteidigungsfall und Verwendung im Ausland

Aus dem Beamtenrechtsrahmengesetz werden also die statusrechtlichen Kernvorschriften der konkurrierenden Gesetzgebung zugewiesen.

Im Gesetz ist die Beteiligung des Bundesrates festgeschrieben worden.

Ein erster Gesetzesentwurf der Bundesregierung eines solchen Gesetzes zur Neuordnung der einheitlichen Grundlagen des Beamtenrechts (Beamtenrechtsneuordnungsgesetz - BeamtRNG) liegt bereits vor.

Ziel des Gesetzes ist es, durch bundesweit einheitliche Regelungen im Statusrecht, beamtenrechtliche Grundstrukturen unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels zu sichern und im Interesse der Mobilität auch weiterhin länderübergreifende Dienstherrenwechsel zu ermöglichen.

*wird fortgesetzt!*

**PERSONALVERTRETUNG STÄRKEN:  WÄHLEN!**

## GEW-Kohlfahrt am 27. Februar 2008

Wie angekündigt fand die diesjährige Kohlfahrt in und um Hengstforde statt – natürlich bei gutem Wetter. Wohl nicht nur deswegen war die Teilnehmerzahl diesmal erneut recht erfreulich.



- Auch die „älteren Herren“ nahmen die Verpflegungspause gern an.

Das Boßeln fiel allerdings wieder aus, zugunsten einer ausgiebigen Wanderung entlang der Großen Süderbäke - erst nördlich und später südlich. Und für diesen schönen Spaziergang war das Wetter ideal.

Heiner und Liesel Malessa hatten aber nicht nur das Wetter hervorragend vorbereitet.



- Heiner Malessa hatte sein Auto mit „Selbstgemachtem“ vollgepackt, so dass alle gut versorgt werden konnten, übrigens nicht nur mit „geistigen Getränken“.



- Das Wetter war zwar kühl, aber gut „eingepackt“ konnten alle die Wanderung genießen.

Dank der bekannt vorzüglichen Vorbereitung der Malessas kam unterwegs keine Längeweile auf - und natürlich war auch reichlich für Stärkung gesorgt.



- Eine Pause ist immer gut!

Da wir ja zu einer Kohlfahrt eingeladen waren, durfte auch das abschließende Kohlessen in der Hengstforder Mühle nicht fehlen - schon allein, um der Bezeichnung „GEW-Kohlfahrt“ gerecht zu werden. Und das Kohlessen war auch wieder etwas Besonderes.

Nicht zu kurz kamen auch anregende Gespräche, die bei solchen Treffen immer ein wichtiger Teil sind.

Auf jeden Fall hatten offensichtlich alle ihren Spaß, so dass die Teilnehmer noch lange an diesen schönen Tag zurückdenken werden.

**GEW-MITGLIEDER IN DIE SCHULPERSONALRÄTE !!!**

## Zur Arbeit im KV Ammerland

### „Aktive“ Mitglieder?

Beim Blick in die Runde bei der Mitgliederversammlung 2008 musste man feststellen, dass die Zahl der älteren Mitglieder bei weitem überwog. Ein Teilnehmer stellte sogar die sicher nicht ernst gemeinte Frage: „Ist das hier eine Seniorenversammlung?“

In der Tat macht es nachdenklich:

- § Vor 30 bis 40 Jahren hatte der Kreisverband Ammerland etwa gleich viele Mitglieder wie heute.
- § Kreis- oder Mitgliederversammlungen fanden mehrmals jährlich statt, oft zu pädagogischen Themen - mit manchmal mehr als hundert Teilnehmern.
- § Damals war es neben der weitgehend selbstverständlichen Mitgliedschaft im „Lehrerverein“ eigentlich auch selbstverständlich, sich an den Aktivitäten der GEW (des VOLL, des GNL) aktiv zu beteiligen.

Nachdem fast über Jahrzehnte kaum neue und jüngere Lehrkräfte in die Schulen gekommen waren, hat sich das in den letzten Jahren geändert. Und so gab es auch Zuwachs in der GEW Ammerland und damit verbunden war eine „Verjüngung“ der Mitgliedschaft.

Leider gilt das meist nicht für die Gremien der GEW - auch nicht in unserem Kreisverband. Zu nennen ist da in erster Linie der Kreisvorstand (Durchschnittsalter über 60!).

Wir werden es gerade deshalb nie aufgeben, dafür zu kämpfen, unsere Mitglieder - auch bei heute oft erheblicher Mehrbelastung in den Schulen - wieder zur aktiven Mitarbeit in der GEW zu bewegen.

Nur mit aktiven Mitgliedern kann eine Gewerkschaft erfolgreich sein.

Wir rufen vor allem unsere jüngeren Mitglieder auf, in der GEW wirklich aktiv mitzuarbeiten:

Das gilt zur Zeit vorwiegend auch für die anstehenden Personalratswahlen!

Wählt Eure Personalräte an den Schulen!

Wählt GEW-Kandidaten!

Wählt GEW-Kandidaten auch für den Bezirks- und Hauptpersonalrat!

**Nicht umsonst heißt es bei der GEW: „Gelernt ist gelernt!“**

**Macht mit, helft mit, beteiligt Euch, unterstützt uns!**

**Nicht nur, aber auch bei den Personalratswahlen!**

**Übrigens:** Auch das **Ammerland-INFO** braucht aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mithelfen, dass diese GEW-Informationen

- § weiter herausgegeben werden können,
- § besser werden und vor allem
- § immer aktuell sein können.

**Noch etwas:** Wer das Ammerland-INFO (aus welchen Gründen auch immer) doppelt erhält, sollte die Gelegenheit nutzen und damit für die GEW zu werben.

**TRAGT DAZU BEI, DASS DIE GEWERKSCHAFT GEWINNT !!!**

## Vorstandssitzungen

Die nächsten Sitzungen sind geplant für

Donnerstag, 10. April 2008 (s.u.!)  
Mittwoch 07. Mai 2008  
Dienstag 10. Juni 2008

Vorstandssitzungen finden jeweils ab **19.00 Uhr** im „Gesundbrunnen“ in Helle statt. Sie sind offen für alle Mitglieder.

### INTERNET:

[www.gewweserems.de](http://www.gewweserems.de)

[www.gew-ammerland.de](http://www.gew-ammerland.de)

*Schon mal vormerken:*

# Sommerfest

*am*

*02. Juli 2008*

*„Zum Gesundbrunnen“, Helle*

## Vorstandssitzung im BAU-ABC

Die Vorstandssitzung im April soll beginnen mit einer Besichtigung des BAU-ABC Ausbildungs-Centrus der Bauwirtschaft in Rostrup.

**Termin: Mittwoch, 10. April 2008 ab 18 Uhr**

Eingeladen sind

- § Hauptschul-Lehrkräfte, die 8. Klassen unterrichten,
- § Lehrkräfte des Fachbereichs Wirtschaft,
- § alle interessierten Mitglieder.

**Teilnahme ist an Anmeldung gebunden!**

**WÄHLT GEW!**



**GELERNT IST GELERNT.**

## Arbeit & Leben im DGB

### Seminare 2008 (Auswahl)

(Anmeldung: A & L Oldenburg / 0441-9249014)

#### u Rente mit 67: Soziale und finanzielle Folgen - Was erwartet uns

Termin: Dienstag, 20.05.2008  
von 19:00 - 21.15 Uhr

Ort: Hotel Zum Gesundbrunnen,  
Grüne Linie 3, Bad Zwischenahn-Helle  
Referent/in: N.N.

#### u Prekäre Beschäftigung im Ammerland - immer mehr ungeschützte Beschäftigung? Oder ist das Ammerland die Insel der Glückseligen?

Termin: Dienstag, 17.06.2008  
von 19:00-21.15 Uhr

Ort: Bad Zwischenahn,  
Hotel Kämper, Georgstr. 12

Referent: Willi Lüpkes, Fachreferent für Sozialpolitik

#### u Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz - Auswirkungen auf die Arbeitswelt

Termin: Dienstag, 23.09.2008  
von 19.00-21.15 Uhr

Ort: Hotel Zum Gesundbrunnen,  
Grüne Linie 3 Bad Zwischenahn-Helle  
Referent: Christian Gerken (SOB)

#### u Leistungsentgelte - Erfahrungen und Möglichkeiten - Jetzt noch abschließen???

29.05.08 von 9.00 bis 16:00 Uhr  
Gebühr: 90 € pro Person Nr. 58276

#### u Einführung in die Interessenvertretung gemäß NPersVG (NPersVG)

Welche Rechte hat der Personalrat und wie funktioniert die inhaltliche Arbeit?

30.06. - 02.07.08, täglich von 09 bis 16 Uhr  
Gebühr: 295 € pro Person Nr. 58277

#### u Konflikte und Konfliktlösungen im Betrieb:

Das Seminar bietet Möglichkeiten, Konfliktverhalten zu analysieren und Konflikte zu klären.

26.- 28.05.08, täglich 09.00-17.00 Uhr  
Referentin: Illa Schülke (Husum)

Gebühr: 390 € pro Person Nr. 58280

### IMPRESSUM:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, Kreisverband Ammerland

Vorsitzender: Hermann Abels, Dohlenweg 4, 26835 Hesel, ( 04950 / 1774, eMail: [Hermann-Abels@t-online.de](mailto:Hermann-Abels@t-online.de)

Mitarbeit: H. Abels, A. Bessen, H. Malessa, E. Meyer